

2007-12-11

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 15.11.2007

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Kolze, Jens

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Schönemann, Ralf

### **Fraktion der FDP**

Neubert, Jürgen Dr.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Koschig** eröffnete die Sitzung des Hauptausschusses und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses fest.

Der erste Teil der Sitzung fand gemeinsam mit dem Finanzausschuss statt, wozu der Vorsitzende des Hauptausschusses die Mitglieder dieses Ausschusses begrüßte.

In Vertretung des Vorsitzenden des Finanzausschusses bestätigte **Herr Rumpf** die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses.

### **2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde durch die Mitglieder des Hauptausschusses einstimmig beschlossen.

**Herr Rumpf** brachte die Tagesordnung zur Abstimmung. Die anwesenden Mitglieder des Finanzausschusses stimmten dieser einstimmig zu.

### 3. Gemeinsame Beratung mit dem Finanzausschuss

#### 3.1 Entschädigungssatzung Vorlage: DR/BV/240/2007/SPD

Als gemeinsamer Tagesordnungspunkt des Haupt- und Personalausschusses sowie des Finanzausschusses stand die Beschlussvorlage zur Neufassung der Entschädigungssatzung zur Beratung und Empfehlung der Beschlussfassung im Stadtrat.

Zunächst legte **Herr Dreibrodt**, SPD-Fraktion, dar, dass die durch die Kooperation gemeinsam eingebrachte Vorlage zunächst nur eine Seite zur Begründung hatte. Diese wurde nach der durch das Rechtsamt der Stadt erarbeiteten und übergebenen Stellungnahme auf nunmehr 18 Seiten erweitert und den Ausschussmitgliedern zugereicht. Des Weiteren wurde durch Herrn Dreibrodt den Anwesenden eine Synopse mit vergleichenden Zahlen von Entschädigungszahlungen in Städten der Umgebung überreicht. Er gab dazu mündliche Erläuterungen.

Auf die Nachfrage von **Frau Ehlert**, Fraktion Die Linke, an **Frau Beigeordnete Nußbeck**, welche Bedeutung die Neufassung der Satzung für den Haushalt der Stadt habe, entgegnete diese, es handelt sich um 62 TE Mehrausgaben gegenüber der z. Z. angewandten Satzung und auch gegenüber dem schon einmal von der Verwaltung erarbeiteten Entwurf.

Ehrenamtliches Engagement und Aufwendungen müssen entschädigt und gewürdigt werden, erklärte **Oberbürgermeister Koschig**. Er gab jedoch zu bedenken, dass es kein Entgelt sein soll und vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt müsse eine Lösung gefunden werden, um im entsprechenden finanziellen Rahmen zu bleiben.

Das Anliegen der SPD-Fraktion wurde von **Herrn Eichelberg** unterstrichen. Seine Fraktion sehe Einsparmöglichkeiten, indem man z. B. den Fraktionen Arbeitsräume im Rathaus zur Verfügung stellt. Hier könnten bei den Fraktionsmitteln Mieten und andere Kosten eingespart werden.

Der Vorschlag wurde von **Herrn Maloszyk**, FDP-Fraktion, aufgegriffen. Er gab zu bedenken, dass die Fraktionssitzungen in der Regel spätabends stattfinden und die Arbeitszeit in der Verwaltung dann bereits beendet sei. Die Räume der Fraktionen müssen aber frei zugänglich bleiben.

Seine Ansicht als Einzelperson, nicht als Fraktionsmitglied der FDP, legte **Herr Dr. Plettner** dar. Er verwies auf das Ehrenamt und man sei nicht angetreten, um Geld zu verdienen. Wichtig sei, dass die Fraktionsarbeit abgesichert bleibt, ansonsten halte er den Zeitpunkt für eine derartige Satzungsänderung für falsch. Er fragte an, ob es nicht günstiger wäre, zunächst den Haushalt zu beraten und damit auch den finanziellen Rahmen abzustecken, als jetzt einer Erhöhung der Ausgaben zuzustimmen. Er plädierte deshalb für den Satzungsentwurf der Verwaltung, worüber man nochmals sprechen sollte.

**Herr Dr. Weber**, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, betonte, die Fraktionsarbeit müsse gesichert sein, weshalb er nicht für den Vorschlag der Verwaltung ist, dieser läge heute auch nicht vor. Seine Fraktion gehe mit dem Vorschlag der SPD mit. Im landesweiten Vergleich liege man mit der neuen Entschädigung durchaus im angemessenen Rahmen. Er verwies darauf, dass man in der Vergangenheit als Fraktion bereits erhebliche Einsparungen erbracht habe. Von **Herrn Giese-Rehm** wurde angemerkt, dass mit der Fusion eine größere Stadt entstanden sei und damit mehr Aufgaben anstehen.

Die Fraktion Die Linke unterstütze den Beschlussvorschlag, erklärte **Herr Pätzold**. Er fragte nach der Verbindlichkeit der im Runderlass fixierten Obergrenzen. Darauf erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**, der Runderlass sei insofern bindend, dass die Höchstsätze nicht überschritten werden sollen, sie aber auch nicht verbindlich sind. Das heißt, sie sind nur die Obergrenze einer Von-Bis-Spanne.

Von **Herrn Ehm** wurde darauf verwiesen, dass im Vorschlag der Verwaltung die Sachkostenkürzung enthalten war, die beiden anderen kreisfreien Städte des Landes haben mehr Wert auf die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen gelegt und sichern die Bezahlung eines Fraktionsassistenten und nicht nur einer Sekretärin.

In der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM diskutiere man kontrovers die Höhe der Entschädigungen, berichtete **Herr Bönecke**. Einhellige Auffassung sei, dass Kürzungen der Bezahlung der Fraktionsmitarbeiter und von Sachkosten nicht hingenommen werden. Er selbst bezeichne die vorgeschlagenen Sätze durchaus als angemessen, wenn man die lange Zeit dagegen setze, in der die geringeren Sätze hingenommen wurden. Er werde sich bei der Abstimmung zur Satzung der Stimme enthalten.

**Herr Giese-Rehm** brachte den **Vorschlag**, den Hinweis von Herrn Westhagemann aufzunehmen und **im § 6 (1) einzufügen** „§ 4 ist entsprechend anzuwenden“.

**Oberbürgermeister Koschig** legte dar, in einem Gespräch mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes habe dieser eindeutig gesagt, in der derzeitigen finanziellen Situationen der Stadt könne er die vorgeschlagene Satzung nicht empfehlen. Daraus entnehme Herr Koschig, dass man für die Satzung, sollte sie beschlossen werden, keine Genehmigung erwarten könne. Er greife deshalb den Hinweis von Herrn Dr. Plettner auf, wenn man in die Haushaltsberatungen gehe und den Nachweis der tragfähigen Haushaltskonsolidierung bringen kann, diese Satzung nochmals zu beraten. Mit der Haushaltssatzung und dem Haushaltskonsolidierungskonzept bringe man gegenüber dem Landesverwaltungsamt und der Öffentlichkeit den Nachweis, dass diese Satzung nicht nur das Ehrenamt würdigt, sondern auch den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Stadt entspricht. Herr Koschig unterbreitete den **Vorschlag**: Die bisherige Satzung behält bis zur Haushaltsbeschlussfassung Gültigkeit. Dann könne gemeinsam eine neue Satzung verabschiedet werden.

Der Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Koschig wurde durch **Frau Ehlert** begrüßt. Sie erklärte, dem Satzungsentwurf ohne Haushaltsuntersetzung nicht zuzustimmen.

Nach dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dreibrodts wurde eine **Auszeit** zur internen Beratung innerhalb der Fraktionen anberaumt.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung der Mitglieder des Finanzausschusses. **Herr Bönecke, Vorsitzender des Finanzausschusses**, bat um Abstimmung zum Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Beschlussvorlage zur neuen Entschädigungssatzung gemeinsam mit dem Haushalt zu beraten und mit der Haushaltssatzung 2008 und dem Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen. Der **Finanzausschuss lehnte** (03:06:00) den **Vorschlag ab**. Die Beschlussvorlage wurde mit 06:02:01 angenommen.

Da der Antrag durch die Mitglieder des Finanzausschusses abgelehnt worden ist, bat **Oberbürgermeister Koschig** um Entscheidung durch die Mitglieder des **Haupt- und Personalausschusses** über die Beschlussvorlage.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses schloss daraufhin die Sitzung des Finanzausschusses, womit die gemeinsame Beratung beendet war. Oberbürgermeister Koschig dankte den Mitgliedern des Finanzausschusses und setzte die Sitzung des Hauptausschusses fort.

Der Hauptausschuss sprach sich mehrheitlich für die Beschlussvorlage aus.

**Abstimmungsergebnis:** 6:2:1

#### **4. Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2007**

Die Niederschrift wurde mit einer Enthaltung (8:0:1) genehmigt.

#### **5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Oberbürgermeister Koschig informierte über die im nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse:

- Empfehlung zur Wahl einer weiteren Schiedsperson in der Schiedsstelle V
- Verkauf eines kommunalen Grundstücks an der Mannheimer Straße
- Bestätigung des Tarifvertrages
- Gutachten zur Bewertung der kommunalen Unternehmen der Stadt Dessau-Roßlau
- Befristete Niederschlagung von offenen Gewerbesteuerforderungen

#### **6. Öffentliche Anfragen und Informationen**

- **Herr Ehm** bezog sich auf einen Zeitungsartikel zur Wildschweinplage in Großkühnau und wies darauf hin, dass dieser Zustand in ganz Dessau der Fall sei. Mittlerweile wurden auch Hochwasserschutzanlagen sehr in Mitleidenschaft gezogen. In diesem Zusammenhang merkte er an, dass Schweine, welche im Bereich der Muldeauen erlegt wurden, nicht verwertet werden dürfen, aber von den Jägern gemäß Jagdrecht zu bezahlen sind, weshalb hier sehr wenig gejagt wird. Herr Ehm

bat, über diese Thematik nachzudenken, um evtl. Anreize zur Jagd zu schaffen. Man sollte gemeinsam mit dem Land nach Lösungen suchen. Einbezogen werden sollte unbedingt die Kulturstiftung.

Es sei eine wesentliche Angelegenheit der Jagdgenossenschaften, erklärte **Oberbürgermeister Koschig**. Er habe Frau Lindner, Leiterin des Amtes für Ordnung und Verkehr, gebeten, sich dieser Problematik anzunehmen und mit den Jägern bzw. der Jagdgenossenschaft in Verbindung zu treten. Von Frau Lindner erfolgte die Vorstellung der Vertreterin der Unteren Jagdbehörde, Frau Lange, welche heute anwesend ist und eingehendere Antworten geben kann.

**Frau Lange** erläuterte, dass z. B. auf Abschusspreise kein Einfluss seitens der Unteren Jagdbehörde genommen werden kann. Diese werden vom Bundes- und Landesforstamt festgelegt. Dass die angesprochenen Gebiete nicht bejagt werden, sei auch nicht richtig. Dies liege im Zuständigkeitsbereich des Landesverwaltungsamtes. Es wurden alle Jagdgenossenschaften angehalten, in allen Gebieten eine intensive Schwarzwildbejagung vorzunehmen, was z. B. auch in Großkühnau erfolgte. Eine Bejagung von Schwarzwild wird schwerpunktmäßig durchgeführt, da es anders nicht zu schaffen ist.

Bezüglich des nicht verwertbaren Wildes aus den Muldeauen fragte **Herr Bönecke** nach, ob es Erhebungen über Kontaminationen gibt. Hierauf entgegnete **Bürgermeister Gröger**, dieses Wild werde nicht von vornherein von der Verwertung ausgeschlossen, sondern erst nach entsprechender Untersuchung. Nur bei einem hohen Anteil an Schwermetallen müsse dieses Wild verworfen werden. Weiterhin führte Bürgermeister Gröger aus, dass aufgrund der sehr milden Winter in den vergangenen Jahren eine sehr hohe Population eingetreten sei. Damit gebe es eine ähnliche Situation wie bei Nagern, welche in der Landwirtschaft erhebliche Schäden verursachen.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Ehm** darauf hin, dass im Rahmen der Deichschau die Zunahme der Mäuseplage festgestellt wurde. Die Tiere haben sich in der Zwischenzeit von den Feldern in die Deiche verzogen. Auch hier sprach er die Bitte aus, sich beim Land für die Bekämpfung einzusetzen.

**Frau Lange** ging nochmals auf in der Vergangenheit gezahlte Abschussprämien ein. Diese wurden bei Füchsen bis 2005 gezahlt, jedoch nicht für Schwarzwild. Dafür ist der Abschuss unbegrenzt. Für Landes- und Bundesforst ist die Obere Jagdbehörde zuständig. Die Untere Jagdbehörde habe lediglich die Fachaufsicht über die Jagdgenossenschaften.

Das Thema abschließend wies **Oberbürgermeister Koschig** darauf hin, dass alle Bürgerinnen und Bürger auch Anteil daran haben, dass das Wild in die Innenstadt gelockt wird. So werden Obstbäume nicht abgeerntet oder Kastanien unter den Bäumen nicht entfernt. Somit besteht ein reiches Nahrungsangebot.

- **Oberbürgermeister Koschig** bat um Benennung eines Sachpreisrichters und eines Stellvertreters aus den Reihen der Stadträte in der Jury für den Wettbewerb zur städtebaulichen Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser. Bisher habe sich Herr Schönemann für die Ausübung der Funktion bereit erklärt.

Durch Herrn Dr. Plettner wurde als ein Sachpreisrichter Frau Lohde und von Herrn Eichelberg wurde Herr Dr. Schmidt als Stellvertreter vorgeschlagen.

Oberbürgermeister Koschig sagte zu, die Entscheidung im Stadtrat am 28.11.2007 zu veranlassen.

- Weiterhin unterrichtete **Oberbürgermeister Koschig** über die Terminkette zur Aufstellung des Haushaltsplanes 2008.

Die Erarbeitung des ersten Haushaltsplanes der neuen Doppelstadt Dessau-Roßlau für 2008 gestaltet sich sehr schwierig:

- Für wesentliche Ausgabepositionen, insbesondere im Sozial- und Jugendbereich bestehen noch keine gesicherten Erkenntnisse über den Anteil der vom LK AZE zusätzlich zu übernehmenden Aufgaben. Derzeitig werden alle Ausgaben in diesem Bereich über über- und außerplanmäßige Ausgaben realisiert. Deshalb ist es dringend geboten, das Jahr 2007 vollständig zu vollziehen, um gesicherte Erkenntnisse zu haben. Im Übrigen können positive Effekte (Ergebnisverbesserung) aus der Jahresrechnung 2007 in die mittelfristige Finanzplanung einfließen und den Konsolidierungsumfang reduzieren.
- Die Zahlen der Steuerschätzung liegen gerade erst vor und ebenso die Orientierungsdaten des Landes für 2008. Sie sind eine wichtige Planungsbasis. Noch steht bis zum heutigen Tag nicht fest, ob der Bund tatsächlich die Beteiligungsquote an den Kosten der Unterkunft senkt. Die hätte aber gravierende Auswirkungen. (Die Verhandlungen laufen derzeitig noch. Für unsere Stadt würde es ca. 1 Mio. € Mehrausgaben bedeuten. )

- An dieser Stelle brachte **Herr Ehm** seine Verwunderung zum Ausdruck. Er habe erfahren, dass der Landkreistag offiziell Protest eingelegt habe, der Städte- und Gemeindebund aber nicht. **Frau Beigeordnete Nußbeck** erläuterte, dies sei darin begründet, dass der Städte- und Gemeindebund davon relativ wenig betroffen ist, es sind ja nur 3 Städte. Der Deutsche Städtetag habe bereits vor langem Einspruch erhoben.

- Daneben sind zwei Jahresabschlüsse parallel zu absolvieren und zum Jahresende eine umfassende Datenübernahme im Haushalts- und Steuerwesen durchzuführen, um künftig nur noch in einem Haushaltsprogramm arbeiten zu können.
- Die erste Analyse der Erfüllung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2007 zeigt, dass eine Reihe von Maßnahmen nicht erfüllt wird (aus den unterschiedlichsten Gründen, wie z. B. die zusätzlich einzuholenden Mittel zur Theaterfinanzierung. Die Theaterzuschüsse des Landes sollen um 2 Mio. gekürzt werden.). Damit muss die Verwaltung intensive Anstrengungen im Vorfeld unternehmen, um ein schlüssiges Konzept für die Politik zu erarbeiten. Derzeitig gehen wir davon aus, erst im I. Quartal 2008 in der Lage zu sein, einen Entwurf des ersten Haushaltes der Stadt Dessau-Roßlau und vor allem des dazu notwendigen Haushaltskonsolidierungskonzeptes vorzulegen. Dennoch sei man intensiv an der Erstellung des Haushaltsplanes. Der Vermögenshaushalt wurde schon in mehreren Runden diskutiert, in der nächsten Woche beginne man mit dem Hauskonsolidierungskonzept. Voraussichtlich im März 2008 werde im Stadtrat die erste Lesung stattfinden.

Vorher werde der Plan in den Finanzausschuss eingebracht.

**Frau Lohde** erhob Einspruch. Sie merkte an, dass alles, was nicht pflichtgemäß gemacht werden muss, schon von der Verwaltung festgelegt würde. Sie fragte nach, ob man nicht bereits jetzt schon Teile oder einzelne Bereiche des Haushaltes beraten könne.

Um Verständnis werbend, gab **Frau Beigeordnete Nußbeck** zu bedenken, dass es sich um den ersten Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau handelt. Es fehlen entscheidende Erfahrungswerte, was gerade die großen Positionen im Sozial- und Jugendhilfebereich betrifft. Des Weiteren müssen umfangreiche Erläuterungen bei jeder Haushaltsstelle erfolgen. In vielen Bereichen wurde auch schon die Fusion vollzogen, nicht aber im Haushaltsbereich. Parallel müsse eine Reihe von Satzungsänderungen eingepflegt werden und es gibt wesentliche Unsicherheiten bei bestimmten Planungsgrößen.

Auf Anfrage von Frau Lohde, ob es Übergangslösungen bei den Zuschüssen für Vereine gibt, erwiderte Frau Nußbeck, dass vertragliche Festlegungen eingehalten werden, ansonsten aber die Haushaltssperre auch im freiwilligen Bereich gilt.

In der weiteren Beratung ging **Herr Eichelberg** auf die möglichen Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft ein. Hier sollte auf das Jobcenter durch die Kommune Einfluss genommen werden, dass Anspruchsberechtigte auf den 1. und 2. Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Von **Herrn Bönecke** wurde berichtet, er musste feststellen, dass das Jobcenter eine Berechnung nicht zeitnah vornimmt, wenn ein Teil der Bedarfsgemeinschaft Einkommen erzielt, das monatlich schwankt. Nach einem halben Jahr würden dann Rückforderungen erhoben, die nicht beglichen werden können. Wiederholt habe Herr Bönecke in seiner beruflichen Tätigkeit angeregt, tatsächlich im Folgemonat abzurechnen. Das werde aber nicht gemacht, weshalb er empfehle, hier tätig zu werden.

Als Beantwortung führte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**, aus, im nächsten Stadtrat und in den Ausschüssen werde zur Beratung und Beschlussfassung die Richtlinie Kosten der Unterkunft vorliegen. Ein wesentliches Element sei, dass Kosten der Unterkunft zweckentfremdet werden durch die Bezieher. In die neue KdU-Richtlinie werden 4 Steuerungselemente aufgenommen mit anderen Instrumentarien, um an das Geld heranzukommen. Richtig ist auch, dass man die Steuerungsinstrumente dafür einsetzen sollen, um vermehrt Eintritte in den 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dennoch gibt es noch einen großen Teil dieser Klientel, die hier nicht zu vermitteln sind. Das von Herrn Bönecke angesprochene Problem der Anhäufung von bis zu 6 Monaten nehme Herr Wolfram auf und werde es in der kommenden Woche in der Lenkungsgruppe zur Beratung stellen.

Fortschritt sei bei den Ermittlungen erzielt worden bei Fällen des Leistungsmissbrauchs und habe einen überproportionalen Anstieg im Zusammenhang der Beibringung von Forderungen, schloss Herr Wolfram.

Beratungsbedarf sei deutlich geworden, betonte **Herr Giese-Rehm**, weshalb er dringend darum bitte, bereits im Dezember einen Termin zu finden, um die erste Beratung des Haushaltsausschusses durchzuführen.

Man sei gern bereit, frühzeitig in die Diskussion zu treten, betonte **Oberbürgermeister Koschig**. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe es um keine Gestaltung des Haushaltes, sondern es werden lediglich erst einmal alle Positionen erfasst. Wenn der Stadtrat aber bereits jetzt willens und in der Lage ist zu sagen, was künftig nicht gewollt ist, wäre es für die Aufstellung des Haushaltes förderlich. Eine Gestaltung ist momentan nicht möglich.

Frau Wirth fügte an, dass es keinen Sinn mache, einen Haushalt in Teilen zu beraten. Man müsse die Gesamtsituation im Verwaltungshaushalt und die Möglichkeiten der Konsolidierung kennen, um dann über Einzelpositionen zu beraten.

Dies aufgreifend schlug **Herr Bönecke** vor, gerade hier einzusteigen und zu sehen, wo man im Sinne der Konsolidierung Aufgabenverzicht übt. Darüber könne man sich im Vorfeld abstimmen.

Man sei gerade bei der Abrechnung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2007, merkte **Frau Beigeordnete Nußbeck** an. Sie schlage deshalb vor, dieses anzusehen und mit dem Ergebnis in die sachlichen Themen einzusteigen, wo wurden die Aufgaben erfüllt und wo aus welchem Grund nicht. Hiermit könne man bei den Beratungen anfangen.

Innerhalb der Kooperation habe man sich auch über das Thema Jobcenter unterhalten, berichtete **Frau Lohde**. Es wird vorgeschlagen, die Entscheidungen des Jobcenters transparenter für den politischen Raum zu machen. Es könne im Hauptausschuss informiert werden über die Art der Vergabe der Mittel, wohin das Geld fließen soll. Die zweite Sache wäre, gemeinsam mit dem Arbeitsamt eine Schnittstellenkritik zu machen. Viele Dinge lägen nicht in der Kompetenz des Arbeitsamtes und es werde seitens der Kooperation vorgeschlagen, gemeinsam zu prüfen, wo man besser zusammenarbeiten könne.

**Herr Wolfram** griff den Vorschlag auf, dass man mindestens zweimal im Jahr, einmal in Vorbereitung des Jahresplanes und einmal als Ergebnisbericht, hier im Hauptausschuss die Ziele von der Geschäftsführung des Jobcenters vorstellen lässt. Weiterhin sollte zu den begleitenden Maßnahmen der Bericht im Sozialausschuss gegeben werden.

- Zum Thema Überarbeitung der Hauptsatzung sprach **Oberbürgermeister Koschig** an, dass alle Ortschaftsräte und Fraktionen von ihm angeschrieben wurden, möglichst bis 31.10. Änderungswünsche einzureichen. Sie sollten vom Rechtsamt aufgearbeitet und zur Diskussion vorgelegt werden. Bisher liegen Vorschläge vom OR Streetz/Natho, Großkühnau, Roßlau und Mosigkau vor. Er stellte an die Fraktionen die Frage, ob noch Meldungen zu erwarten sind. Herr Dr. Plettner verneinte dies seitens der FDP. Von den Fraktionen Bürgerliste/Die Grünen und der CDU wurde zugesagt, eine Rückkopplung bei ihren Mitgliedern vorzunehmen.



Oberbürgermeister Koschig bat, dies als Erinnerung zu werten und im Protokoll aufzunehmen.

- **Frau Lohde** bezog sich auf die Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters betreffs des Namens der Regionalversammlung. Sie bat um den Bericht des OB, ob es im Vorfeld Gespräche gab, um Zustimmung der übrigen Mitglieder der Regionalversammlung zu erreichen.

**Oberbürgermeister Koschig** bestätigte, in Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zunächst gegenüber der Planungsgemeinschaft mündlich die Absicht mitgeteilt und dann auch den Antrag schriftlich eingereicht zu haben. Die Vorlage ist nunmehr auf der Tagesordnung. Ob dann eine Zustimmung erreicht wird, könne Herr Koschig nicht sagen. Die Reaktion im Regionalen Planungsausschuss war seiner Ansicht nach Erstaunen und er habe dort dann auch die Begründung vorgetragen.

Für ihn bleibe die Frage, ob die Regionale Planungsgemeinschaft überhaupt Herr ihres Namens sei, merkte **Herr Giese-Rehm** an. In seiner Fraktion war offen, ob der direkte Ansprechpartner nicht der Gesetzgeber wäre.

Der Gesetzgeber habe die Namenshoheit, entgegnete **Oberbürgermeister Koschig**. Es sei auch zu Recht angesprochen worden, bei der Änderung des Gesetzes müsse man auch über Namen reden, aber der Vorschlag geht über die Regionale Planungsgemeinschaft.

Es war die Stellungnahme, die vom Gesetzgeber abgefordert wurde und warum solle man nicht als Stadt darauf hinweisen, dass eine Entwicklung eingetreten ist. Ihres Erachtens war der Stadtratsbeschluss ein politischer Auftrag, durch Gespräche an die Partner heranzutreten und das bewusst zu machen, merkte **Frau Lohde** an.

**Oberbürgermeister Koschig** erwiderte, es war der Kompromissvorschlag, das Anliegen in die Stellungnahme einfließen zu lassen. Aber es gab den expliziten Antrag, über den extra abgestimmt wurde und der einen klaren Auftrag beinhaltete.

Bis zur nächsten Zusammenkunft am 22.11. sei es natürlich sehr knapp, mit den Meinungsträgern das Gespräch zu suchen, gab **Bürgermeister Gröger** zu bedenken. So wie er bisher das Verhalten des Umlandes gesehen habe, würde das Einzelgespräch in der grundsätzlichen Position auch nicht weiter bringen.

Man müsse bei dem Anliegen mit Fingerspitzengefühl herangehen, führte **Herr Eichelberg** aus. Wenn man die Begründung der Vorlage aus dem Stadtrat nehme, habe das wenig mit Fingerspitzengefühl zu tun. Man müsse das Anliegen vorsichtig auf den Punkt bringen.

**Herr Giese-Rehm** gab die Empfehlung, darauf hinzuweisen, dass man das Anliegen anstoßen wollte und es keine Eile habe. **Frau Nußbeck** ergänzte, wenn sich in der Diskussion abzeichne, dass alle dagegen sind, könne man die Vorlage in der Diskussion lassen. **Bürgermeister Gröger** merkte an, man könne im Vorfeld im persönlichen Kontakt schon darauf hinweisen, wie man damit umgehen will.

Zum Tagesordnungspunkt gab es keine weiteren Wortmeldungen.

## **7. Beschlussfassungen**

### **7.1. Wahl des Jagdbeirates Vorlage: DR/BV/233/2007/II-36**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 9:0:0

### **7.2. Genehmigungen von überplanmäßigen Ausgaben und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zum Erwerb von Hard- und Software Vorlage: DR/BV/176/2007/II-20**

Die Vorlage wurde mehrheitlich beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:2

### **7.3. Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) Vorlage: DR/BV/262/2007/II-10**

**Frau Beigeordnete Nußbeck** stellte voran, dass die Satzung bereits vor der Fusion in den Gremien beraten wurde, letzten Endes jedoch erstreckt wurde. Die jetzt vorliegende Satzung wurde völlig überarbeitet und alles, was in der allgemeinen Gebührenordnung des Landes geregelt ist, steht nicht darin. Der Mangel hinsichtlich der Gebührenhöhe bei Kopien wurde beseitigt.

Der Beschlussvorschlag wurde angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:1

### **7.4. Kalkulation der Abfallgebühren für den Zeitraum 2008-2010 Vorlage: DR/BV/178/2007/II-EB**

**Frau Beigeordnete Nußbeck** führte in die Vorlage ein und wies darauf hin, dass Frau Moritz, Betriebsleiterin des Stadtpflegebetriebes, anwesend sei und für Rückfragen zur Verfügung steht. Mit dieser Satzung vollziehe man gewissermaßen einen Systemwech-

sel beim Bio-Abfall, es erfolgt eine Umverteilung, keine Gebührenerhöhung, betonte Frau Nußbeck.

Wie auch im Stadtrat bereits gefordert worden ist, habe man frühzeitig in den Ortschaften informiert und es gibt z. B. auch eine Vielzahl von Anträgen zur Befreiung von der Bio-Tonne, stellte **Frau Moritz** ihren Darlegungen voran.

In der weiteren Diskussion wurden Fragen zur Papier- und Müllentsorgung erörtert und von Frau Moritz beantwortet. Zur Papierentsorgung wies sie darauf hin, dass diese für den Bürger kostenfrei ist und dies nicht Inhalt der Satzung ist. Betreffs der Anfrage zu bereits bestehenden Befreiungen von der Biomüll-Entsorgung bestätigte sie, dass diese bestehen bleiben. Weitere Fragen zu Berechnungsmodalitäten in Einzelfällen wurden erschöpfend beantwortet.

Nach dem Antrag von Herrn Eichelberg auf Ende der Debatte kam die Vorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zu.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:2

**7.5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Dessau-Roßlau (Abfallgebührensatzung)  
Neufassung der Entgeltordnung für die Abfallentsorgung der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: DR/BV/179/2007/II-EB**

Der Beschluss zur Vorlage wurde mehrheitlich gefasst.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:1

**7.6. Neufassung der Hundesteuersatzung der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: DR/BV/193/2007/II-20**

In der Diskussion zur Neufassung der Hundesteuersatzung wurde von **Herrn Eichelberg** seitens der SPD-Fraktion erklärt, gegen die vorliegende Satzung zu stimmen. Als Begründung wurde die Höhe der Steuer angegeben, da gerade für ältere und besonders für allein stehende Bürger ein Hund auch Partner ist. Mittragen könne man die Erhöhung bei einem zweiten oder weiteren Hund.

**Herr Dreibrodt** teilte mit, er werde der Satzung nicht zustimmen, da er z. B. die Antwort der Verwaltung im Finanzausschuss, aus welchem Grunde die Schere zwischen den einzelnen Ortschaften Brambach, Rodleben, Roßlau und Dessau so gravierend ist, nicht nachvollziehen könne (da Dessau Oberzentrum sei).

Verweisend auf die Erstreckungssatzungen in den Ortschaften, erklärte **Herr Giese-Rehm**, man habe hier nur die Möglichkeit für den Ortteil Dessau neu zu befinden und er hoffe, dass z. B. die einzelnen Bürger auf andere Menschen zugehen bzw. von diesen

angesprochen werden. Dies habe mit der Hundesteuersatzung nichts zu tun, rette aber vielleicht den einen oder anderen Hund davor schlecht zu leben.

Als Kompromissvorschlag unterbreitete **Herr Ehm**, die Steuer für den ersten Hund auf 75,- € festzulegen, für den zweiten sollte die Höhe beibehalten und beim dritten Hund die Erhöhung auf 160,- € oder noch höher vorzunehmen.

Von Herrn Rumpf kam der Antrag, die Ermäßigung für Jagd- und Gebrauchshunde, die eine Jagdeignungsprüfung abgelegt haben, beizubehalten. Damit sind die entsprechenden Sätze im § 8 zu streichen.

**Herr Trocha** schlug vor, die Erhöhung gestaffelt vorzunehmen und auf vier Jahre zu verteilen, bis 20,- € Erhöhung erreicht sind. Dazu gab **Frau Beigeordnete Nußbeck** zu bedenken, dass dies in jedem Jahr neue Bescheide bedeuteten würde. Der **Vorschlag von Herrn Trocha** wurde bei gleichem Anteil der Für- und Gegenstimmen (3:3:2) **abgelehnt**.

Der **Antrag** von Herrn Ehm - **für den ersten Hund 75,- €, den zweiten Hund 150, € und jeden weiteren Hund 160,- €** - kam zur Abstimmung und wurde mit 3:1:3 Stimmen **angenommen**.

Der **Antrag** von Herrn Rumpf zur **Beibehaltung der bisherigen Regelung im §8 - Ermäßigung für Jagdgebrauchshunde** - wurde bei 5:1:2 Stimmen **angenommen**.

**Die somit geänderte Beschlussvorlage wurde beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis:** 6:0:2

#### **7.7. Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/198/2007/II-36**

Zur Einführung verwies **Frau Beigeordnete Nußbeck** darauf, dass die Verordnung wie vorliegend bereits in den Gremien von Dessau und Roßlau beraten wurde, aber erst von der neuen Stadt Dessau-Roßlau erlassen werden kann. Mit der Verordnung werden Sachverhalte geregelt, welche in anderen Satzungen oder Verordnungen nicht erfasst sind.

Auf den Hinweis von Herrn Rumpf, dass s. E. Reit- und Kutschpferde von der Regelung im § 5 ausgenommen werden sollten, entgegnete **Frau Lindner, Leiterin des Amtes für Ordnung und Verkehr**, dass genau diese Passage durch die Aufsichtsbehörde herausgestrichen worden war. Die Stadt sei verpflichtet, zwei Monate vor dem Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung diese der Aufsichtsbehörde zur Prüfung zu geben. Als Änderungen wurden in der Verordnung die Regelungen im § 4, Nr. 7 - Aufenthalt auf Spielplätzen nach 22 Uhr - und das Alkoholverbot - § 9. Beide Formulierungen sind mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt worden.

Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 5:1:2

- 7.8. Kalkulation der Abwasserentgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH als Bestandteil der Änderung der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE) mit Wirkung zum 01. 01. 2008  
Vorlage: DR/BV/116/2007/VI-66**

Der Kalkulation wurde zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:1

- 7.9. Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) und die Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE)  
Vorlage: DR/BV/155/2007/VI-66**

Die Satzung wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:1

- 7.10. Preisblatt für Trinkwasser der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA) mit Wirkung zum 01.01.2008.  
Vorlage: DR/BV/158/2007/VI-66**

Die Vorlage zum Preisblatt fand Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 6:0:2

- 7.11. Bevollmächtigung eines Vertreters der Stadt Dessau-Roßlau in der Verbandsversammlung des Abwasser- und Wasserzweckverbandes Elbe-Fläming  
Vorlage: DR/BV/224/2007/VI-66**

Der Vorschlag wurde durch die Mitglieder des Hauptausschusses mitgetragen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

- 7.12. Abtretung der Geschäftsanteile der Stadt Dessau-Roßlau an der ROWA an die DESWA  
Vorlage: DR/BV/235/2007/II-30**

Herr Giese-Rehm merkte an, dass die Konsequenz aus dem Akt sei, dass das Vermögen der DESWA einen höheren Wert bekommt.

Die Bilanzsumme werde größer, nicht das Vermögen, erwiderte **Frau Beigeordnete Nußbeck**, da ein Unternehmen dazu kommt. Die entsprechenden Unterlagen müssen noch zugereicht werden, nach dem Entwurf der Bilanz muss noch eine Erfolgsvorschau gemacht und der Wirtschaftsplan 2008 zahlenmäßig untersetzt werden. Das Personal werde übernommen, sukzessive, allerdings teilweise zumindest altersmäßig, abgebaut bis auf das erforderliche Maß.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

### **13. Schließung der Sitzung**

**Herr Oberbürgermeister Koschig** schloss 20.45 Uhr die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses mit dem Hinweis auf die nächste Beratung des Ausschusses am 5. Dezember 2007.

Dessau, 05.02.08

---

Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer